Der Ofen ist aus für die Herdprämie!

Der Ofen ist aus für die Herdprämie!

Das Bundesverfassungsgericht hat heute das umstrittene Betreuungsgeld gekippt. Die Zuständigkeit liegt nach Auffassung der Richter bei den Ländern und nicht beim Bund. Damit besteht für die Länder die Möglichkeit, eine entsprechende Leistung einzuführen. Das Betreuungsgeld wurde 2013 auf Initiative der CSU hin eingeführt.
Eltern, die ihr Kleinkind nicht in eine Kita oder zu einer Tagesmutter schicken erhalten monatlich 150 Euro. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, erklärt dazu:
"Wir begrüßen, dass die Karlsruher Richter dem Betreuungsgeld eine Absage erteilt haben. Das Betreuungsgeld fördert auf Kosten der Steuerzahler veraltete Rollenmodelle und verwehrt Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung.
Gerade Kinder aus ärmeren Familien sind auf eine bestmögliche Förderung angewiesen. DIE LINKE lehnt das Betreuungsgeld deshalb grundsätzlich als altmodische und unsoziale Herdprämie ab. Das Geld sollte in den Ausbau der Kita-Betreuung für unter dreijährige Kinder und eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern investiert werden.
Mit dem heutigen Urteil musste das Bundesverfassungsgericht der Großen Koalition erneut eine Nachhilfestunde in Sachen verfassungskonformer Gesetzgebung erteilen. Zudem ist damit eine weitere Luftnummer aus dem Skurrilitätenkabinett der CSU aus dem Verkehr gezogen worden. Die CSU hat einfach kein Glück mit dem Rechtsstaat.
Leider betrifft das Urteil nur die Bundesebene, die Länder können an dieser Regelung festhalten. Ich hoffe jedoch, dass das Urteil trotzdem das politische Ende dieser bayrischen Schnapsidee einläutet.
Das Betreuungsgeld verschärft mit der Anrechnung auf ALG II die soziale Kluft zwischen armen und reichen Kindern und deren Eltern. Wer ein Betreuungsgeld nur davon abhängig macht, dass keines der frühkindlichen Bildungsangebote in Anspruch genommen wird, macht ein weiteres Mal deutlich, dass es nicht um eine bestmögliche Förderung von Kindern geht, sondern um die Konservierung veralteter Rollenbilder."

Kontakt:
DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 24009 543 oder -4
Telefax: 030 24009 220
Mail: bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de
URL: http: //die-linke.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=594795" width="1" height="1">

Pressekontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

die-linke.de
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Firmenkontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

die-linke.de
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Die Partei DIE LINKE vereinigt seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. Sie weiß, dass sie die seltene historische Gelegenheit hat, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke aufzubauen.